

CDU setzt SPD bei Lernmitteln unter Druck

Eltern klagen bei Umfrage über hohe Belastung - Morgen Anhörung im Landtagsausschuss

RHEINLAND-PFALZ. In der Debatte um Schulbuchkosten gerät die SPD weiter unter Druck. Das von der CDU-Opposition vorgeschlagene System einer staatlichen Schulbuch-Ausleihe gegen Gebühr würde eine Familie mit zwei Kindern im Durchschnitt um 148 Euro pro Jahr entlasten. Das ergab eine Internet-Umfrage der CDU mit bisher mehr als 600 Teilnehmern.

Angesichts der klammen Landeskasse sieht CDU-Bildungsexpertin Bettina Dickes keine Alternative zu dem von ihr vorgeschlagenen Modell: "Es würde die Familien um 46 Millionen Euro entlasten, ohne den Landeshaushalt um diese Summe zu belasten."

Das Modell läuft in Niedersachsen seit fünf Jahren: Eltern zahlen für die Schulbuch-leihe ein Drittel des Ladenpreises. Familien mit geringem Einkommen und Kinderreiche zahlen nichts. Die Bücher werden dreimal ausgeliehen. Dann haben sie ihre Anschaffungskosten eingespielt, und das Land kann die Bestände auf den aktuellen Stand bringen. Ab dem dritten Jahr soll sich das System selbst tragen. Zuvor seien zwei Jahre lang jeweils sieben Millionen Euro als Anschubfinanzierung nötig, hat die CDU ausgerechnet.

Die Umfrage auf der weiterhin aktiven Internetseite www.lernmittelausleihe.de sei nicht repräsentativ, aber "eine Momentaufnahme, die dazu passt, was wir im Land wahrnehmen", sagt Dickes. Die Unzufriedenheit mit dem geltenden System sei groß. Bisher unterstützt das Land Familien mit geringem Einkommen mit Büchergutscheinen im Wert von 13 Millionen Euro. Sie decken rund 75 Prozent der tatsächlichen Kosten. Doch auch mit dem Rest seien viele überfordert, moniert Dickes. Laut Umfrage legen die Gutschein-Bezieher im Durchschnitt 50,70 Euro pro Kind drauf.

Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) hatte für den Herbst "Grundzüge" für weitere Entlastungen angekündigt. Eine volle Lernmittelfreiheit, wie von Landeselternbeirat und Landesschülervertretung gefordert, gilt jedoch bei geschätzten Kosten von 60 Millionen Euro pro Jahr als unbezahlbar. Das sieht auch die CDU so, wenngleich Lernmittelfreiheit "langfristig ein Ziel" bleibe. Die FDP-Fraktion sieht sich in ihrer Forderung nach einer schrittweisen Einführung der Lernmittelfreiheit bestätigt: Beim Gutscheinsystem gehen viele Familien mit Durchschnittseinkommen leer aus, bemängelt Bildungsexpertin Nicole Morsblech. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Ulrike Höfken sieht in der Einführung von Lernmittelfreiheit einen "Glaubwürdigkeitstest für die SPD".

Deren bildungspolitische Sprecherin Ulla Brede-Hoffmann weist das CDU-Modell nicht völlig zurück. Die SPD werde sich morgen in der Anhörung im Bildungsausschuss "offen, aber kritisch" damit auseinandersetzen. Eine große Schwäche sei aber, dass der Verwaltungsaufwand an Schulen und Lehrern hängen bleiben würde. **Claudia Renner**